

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

28 (21.7.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 28

Mannheim, 21. Juli 1948

Preis 15 Pfg.

Die Sowjetregierung antwortet

Gesamtdeutsche Verhandlungen erforderlich — Sowjetunion zur Versorgung der gesamten Berliner Bevölkerung bereit

(E.B.) Die Antwortnote der Sowjetunion an die Westmächte wurde am 14. Juli den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs übermittelt. Sie enthält eine klare und eindeutige Beweisführung bezüglich der Schuldfrage an den gegenwärtigen Zuständen in Deutschland. Angesichts dieser unabwiesbaren Feststellungen, die offensichtlich Bestürzung hervorriefen, geht die Erörterung der Westmächte über künftige Maßnahmen und die Stellungnahme zu der sowjetischen Antwort nur sehr langsam voran.

Die Sowjetregierung stellt in ihrer Note fest, daß die Westmächte, indem sie durch Sondermaßnahmen in den westlichen Zonen Deutschlands das System der Viermächte-Verwaltung Deutschlands zerstörten und eine westdeutsche Regierung zu schaffen begannen, damit gleichzeitig die Rechtsgrundlage zerstörten, auf die sich ihr Recht zur Teilnahme an der Verwaltung Berlins gründete.

Die Maßnahmen der sowjetischen Militäradministration in Deutschland mußten einzig und allein zum Schutze der Wirtschaft ihrer Besatzungszone erfolgen. Da die Westmächte alle gemeinsam getroffenen Viermächteabkommen über Deutschland und Berlin durch ihre Handlungen zunichte machten, tragen nur sie die Verantwortung für die gegenwärtige Situation und insbesondere die gegenwärtige Berliner Krise.

Die Viermächtebesetzung Berlins ist, wie die Note der Sowjetregierung in Erinnerung bringt, nur ein Teil des Viermächteabkommens über Deutschland. Durch die Errichtung einer westdeutschen Hauptstadt in Frankfurt

sind die Voraussetzungen für die Teilnahme der Westmächte an der Verwaltung Berlins hinfällig geworden. Die sowjetische Militäradministration hat von jeher starkes Interesse an dem Wohlergehen der Berliner Bevölkerung bekundet und tut dies auch weiterhin. Sie ist bereit, die Versorgung der gesamten Berliner Bevölkerung aus eigenen Mitteln zu gewährleisten. Die Sowjetunion ist weiter bereit, jederzeit in Viermächte-Verhandlungen

einzutreten unter der Voraussetzung, daß die Westmächte solche Verhandlungen nicht an die Erfüllung irgendwelcher Bedingungen knüpfen. Außerdem können sich solche Verhandlungen nicht nur auf die Frage Berlin beschränken, sondern müssen die gesamtdeutsche Frage behandeln, da die Sonderfrage Berlin nicht von der umfassenden Frage der Viermächtekontrolle Gesamtdeutschlands getrennt werden kann.

Schüsse aus dem Hinterhalt

Antidemokratischer Feldzug gipfelt in Mord — Togliatti außer Lebensgefahr

(EB) Ein Sturm der Entrüstung fegte über Italien, als Palmiro Togliatti, der von allen Werktätigen geliebte Vorsitzende der Kommunistischen Partei Italiens, durch 4 Schüsse aus der Waffe eines Meuchelmörders zu Boden gestreckt wurde. Antonio Palante, der den Anschlag auf Togliatti verübte, ist Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei und stammt aus Sizilien, wo die Verbrecherorganisation „Mafia“ ein offenes Terrorregime ausübt und insbesondere vor den Wahlen Gewaltakte am laufenden Band gegen die demokratische Volksfront organisierte. Einer der berüchtigtsten sizilianischen Bandenführer hat sogar kürzlich um Lieferungen im Rahmen des Marshallplanes nachgesucht und dabei versprochen, die von ihm gewünschten Waffen treu zur Bekämpfung des Kommunismus anzuwenden.

Die Schüsse, die Togliatti trafen, galten nicht nur dem von den Reaktionen aller Schattierungen gehaßten Leiter der Kommunistischen Partei Italiens, sondern waren an alle fortschrittlichen Kräfte gerichtet, deren Symbol im Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit Italiens der Märtyrer geworden ist. Der feige Mordanschlag ist der Höhepunkt eines ungeheuerlichen Feldzugs gegen den Kommunismus und gegen alle Menschen, die für eine bessere Zukunft kämpfen. Die ständig wachsende Flut von Lügen, Verleumdungen, Haß und Polizeiterror hat erst den Täter ermutigt. Die wahren Schuldigen, die wie in Deutschland so auch in Italien den Hetzfeldzug organisierten und das Feuer schürten, haben durch ihr Erbleichen gezeigt, daß sie schuldig sind, und alle scheinheiligen Beileidserklärungen können die Gasperi und seine Regierungsmitglieder nicht von dieser Schuld befreien. Und wer denkt nicht an die

Mordhetze des heute in Amerika lebenden Vorwärts-Redakteur Stampfer am Vorabend der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wenn er erfährt, daß das Blatt der Sarragat-Sozialisten, „Humanität“, am Vorabend des reaktionären Mordanschlags forderte, man müsse „Togliatti an die Wand stellen.“

Mit Freude hört die ganze fortschrittliche Welt, daß die unmittelbare Lebensgefahr für den Genossen Togliatti überwunden ist, sodaß er weiterhin an der Spitze der Werktätigen Italiens für die Interessen seines Volkes kämpfen kann. Ein Beispiel für die Liebe, die das italienische Volk Palmiro Togliatti entgegenbringt, ist jene grauhaarige Frau, von der die „New York Herald Tribune“ vom 16. 7. berichtet und die zweifellos die Haltung von Millionen italienischer Menschen ausdrückt, als sie vor dem Operationsraum der Klinik mit vor Erregung hoher Stimme ausrief: „Ich bin für Gott, für Togliatti und für das Volk.“

Unbeeinflusst von Kanzel und Dollar hat das italienische Volk spontan seiner wahren Stimmung Ausdruck verliehen und durch einen gewaltigen Generalstreik seine Forderungen unterstrichen: „Rücktritt der Regierung de Gasperi — Hinweg mit dem Innenminister Scelba — Ordnung und Frieden ziehen ins Land, wenn die Nation sich von ihren Verderbern säubert.“ — Das gilt auch für uns!

In Italien wie in Deutschland und in der übrigen Welt sind die Kräfte, welche die Hand des Mörders lenkten und unter Mißbrauch des Namens der Freiheit den Kampf gegen die Freiheit organisierten, zum Untergang verurteilt. Denn die Kräfte des Fortschritts der Freiheit und der Demokratie sind stärker, und mit ihnen sind die Völker dieser Erde.

„Rettet-Berlin“-Rummel auch in Mannheim

Mißbrauch des Mannheimer Stadtrates zu Antikommunistenhetze und bestellten Ablenkungsmanövern

(EB) Dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Jakob Sommer, fiel die dankbare Aufgabe zu, nach Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte in der letzten Sitzung des Mannheimer Stadtrates eine Entschließung zu den Vorgängen in Berlin zu begründen, wie sie gegenwärtig in gleicher oder ähnlicher Fassung auf Befehl des Parteivorstandes der SPD und anderer Stellen, die an der Verschärfung der Gegensätze zwischen den Besatzungsmächten interessiert sind, von allen SPD-Fraktionen in den Landes- und Kommunalparlamenten Westdeutschlands eingebracht werden.

Die Mannheimer Entschließung unterscheidet sich inhaltlich von den in anderen Körperschaften eingebrachten nur dadurch, daß sie sichtlich bemüht ist, einen gemäßigten Ton anzuschlagen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dies auf den Einspruch

besonnener Kräfte innerhalb der SPD in der Arbeiterstadt Mannheim zurückzuführen ist, welche wohl die Unsinnigkeit der befohlenen Hetzkampagne einsehen und deshalb, da sie sich allen höchsten Befehlen nicht offen widersetzen können, bestrebt waren, die größten Auswüchse zu vermeiden.

Könnte der Wortlaut der Erklärung, die für die CDU von Kuhn und für die DVP von Dr. Bitterich unterzeichnet war, noch den Eindruck erwecken, als wende man sich — in einer Weise, die übrigens eine flagrante Verletzung der Kontrollratsbestimmungen darstellt — lediglich gegen die notwendigen Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht, so ließen die erklärenden Worte Jakob Sommers keinen Zweifel darüber, daß es sich um übelste, ferngelenkte, anti-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Westliche Währungsreform

Der „Retter“ warf den „Währungsstrang“
Zu hoch, als mit den Wellen rang
Der Michel.
Die Rettung war ein Meisterstück: —
Gesund der „Retter“ — — — — —
Glück —
Und Michel?



Er ahnt, daß er aus Wassersnot
„Gerettet“ für den Hängetod.
Der Michel!

Regierung ohne Kommunisten!

Von Robert Leibbrand M. d. L.

Die Beteiligung der Kommunisten an der württembergisch-badischen Regierung ist gewissen Leuten schon lange ein Dorn im Auge. Seit Jahr und Tag wühlen die Unternehmerkreise der Industrie- und Handelskammer versteckt und offen gegen den kommunistischen Arbeitsminister. Sie werden unterstützt von Abgeordneten und Ministern der CDU, obwohl sie dem Arbeitsminister in seiner sachlichen Tätigkeit nicht den geringsten Vorwurf machen könnten. Nun glauben sie, endlich den langersehnten Vorwand gefunden zu haben, weil die kommunistischen Abgeordneten die antikommunistische Demonstration nicht mitmachen, zu der man im Landtag die „durch die separate Währungsreform im Westen“ verschuldete schwierige Lage der Berliner Bevölkerung mißbraucht hat. Deshalb droht die CDU jetzt im Landtag mit dem Ausschluß der Kommunisten aus der Vier-Parteien-Regierung und sie rechnet nicht ohne Grund auf Unterstützung durch die SPD.

Natürlich ist die Berliner Frage nur ein billiger Vorwand. Der wahre Grund, warum man gerade jetzt die Kommunisten aus der Regierung ausscheiden will, liegt in den wachsenden sozialen Gegensätzen. Es war ja nicht genug, daß die Währungsreform Hunderttausende von kleinen Sparern und Kleinrentnern über Nacht zu Bettlern gemacht hat. Deutsche Parteiführer und Regierungsmänner, die in scheinheiligen Worten die sozialen Fragen und Ungerechtigkeiten im Währungsgesetz der Militärregierungen beklagten, tun gleichzeitig alles, um diese Ungerechtigkeiten noch zu vergrößern. Während Arbeiter und Angestellte von Arbeitslosigkeit und Lohnabbau bedroht sind, während Altersrentner und Kriegsoffer bangen, woher sie im nächsten Monat die karge Rente bekommen, steigen durch die Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates die Preise für Schuhe, Textilien und andere lebenswichtige Waren von Tag zu Tag. Die Gesundung der Wirtschaft, die uns von der Währungsreform versprochen wurde, entpuppt sich schon heute als ein Gesundstoßen für kapitalistische Unternehmer und große Gesellschaftsleute. Der Tag X war für sie das Signal zu einem Großangriff auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung.

Für diese Politik ist der kommunistische Arbeitsminister natürlich ein mächtiges Hindernis. Es ist gewissen Leuten unbequem, daß der Arbeitsminister als einziger in der Regierung die Forderungen der Gewerkschaften und das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte vertritt. Es ist ihnen unbequem, daß da und dort in den Ämtern noch ein Kommunist sitzt, der gegen Massenentlassungen, Lohndruck, Unterstützungskürzungen und Preistreiberien Widerstand leistet. Darum sollen die Kommunisten aus der Regierung und überall sonst ausgeschaltet und mundtot gemacht werden. Schon hat die CDU im Landtag verlangt, daß die kommunistische Fraktion im Landtag weniger Redezeit erhalten soll, als die anderen Landtagsfraktionen, und der CDU-Vorsitzende André forderte eine Aenderung des Wahlrechts, in der nur noch die Wahl zwischen den Kandidaten der CDU und der SPD bleiben werde.

Daß die CDU als Verteidigerin der kapitalistischen Ordnung oder vielmehr Unordnung gegen die bösen Kommuni-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Verbote...

Verbot von KPD-Veröffentlichungen in Bayern

Alle Veröffentlichungen der KPD Bayern, einschließlich Flugzettel, Plakate und Broschüren, wurden auf Grund einer Zeichnung im KPD-Informationsblatt, in der die Bizone als ein Abfallkübel dargestellt war, in den wertlose Ware geworfen wird, für die Dauer eines Monats verboten. Die Militärregierung erklärte hierzu, daß diese Zeichnung böswillig und aufreizend sei und gegen die Grundsätze guter Journalistik verstoße.

KPD-Informat.-Blatt verboten

Die „Tribüne der Demokratie“, Informationsorgan der KPD des Landes Bremen, wurde von der Militärregierung für die Dauer von vier Wochen verboten. Wie die KPD in Bremen mitteilt, hat die Militärregierung den in der „Tribüne“ angeschlagenen Ton beanstandet.

Hart und gerecht beurteilt

(EB) In den Straßen der Stadt Hofgeismar hat eine bisher nicht bekannte Kolonne an verschiedenen Ecken der Stadt gegen die Währungsreform Stellung genommen, indem sie auf die Bürgersteige der Stadt mit weißer Oelfarbe schrieb:

„Währungsreform — Volksbetrug. Hinweg mit den Spaltern Deutschlands!“

„Rettet Berlin?“

„Rettung??“ Was heißt hier „Rettet Berlin?“

Kann der Kopf ohne Rumpf denn leben?

Die Rettung Deutschlands liegt uns im Sinn;

Für sie unser Kampf, unser Streben!

—lux—

Regierung ohne Kommunisten!

(Fortsetzung von Seite 1)

sten zu Felde zieht, kann niemand überraschen. Aber wie kommen die SPD-Führer dazu, diesen antikommunistischen Feldzug mitzumachen und sich sogar an seine Spitze zu setzen? Wenn die scharfe sozialdemokratische Kritik an der bürgerlichen Mehrheit des Wirtschaftsrates ehrlich gemeint ist, dann müßte doch die SPD-Führung mithelfen, daß sich alle Arbeiterorganisationen gemeinsam gegen die kapitalistischen Angriffe zur Wehr setzen. Statt dessen aber schlägt die SPD-Führung blindwütig nur gegen links und schwächt damit die Abwehrkraft der Arbeiterschaft. Der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Dr. Veit, der im Landtag selbst die großen wirtschaftlichen Gefahren für die arbeitende Bevölkerung schilderte, verlangt von den SPD-Mitgliedern in den Betrieben und den Gewerkschaften, sie müßten jede Zusammenarbeit mit ihren kommunistischen Kollegen aufgeben. Und während so die SPD-Führung den Bruch mit den Kommunisten erzwingen will, trafen sich in Koblenz der SPD-Vorsitzende Ollenhauer mit dem CDU-Vorsitzenden Adenauer, um unter Ausschaltung aller anderen Parteien den kommenden deutschen Weststaat auszuhandeln. Die Koalition SPD-CDU zeichnet sich immer deutlicher ab.

Die SPD-Führung ist die Gefangene ihrer eigenen Politik geworden. Sie hat gemeinsam mit der CDU dem Marshallplan zugestimmt, der ein Plan nicht des Wiederaufbaus einer demokratischen deutschen Wirtschaft, sondern des Wiederaufbaus des deutschen Kapitalismus ist und alle seine Lasten den Schaffenden aufbürdet. Die SPD-Führer haben unter Verzicht auf die berechnete Forderung nach einem Friedensvertrag am lautesten nach einem Besatzungsstatut gerufen und nun sind sie selbst erschrocken über das Statut, das die Militärregierungen präsentiert. Es ist die gemeinsame Schuld und das gemeinsame schlechte Gewissen, das bei der SPD-CDU-Koalition Pate steht. Sie wissen beide, daß die Hoffnungen, die sie auf den Marshallplan und den westdeutschen Separatstaat gesetzt haben, grausam enttäuscht werden müssen. Darum sollen die unbedingten Mahner, die Kommunisten, ausgeschaltet und mundtot gemacht werden.

Wir Kommunisten waren und sind bereit, trotz aller Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, um wenigstens die einfachsten Lebensnotwendigkeiten und Rechte der arbeitenden Bevölkerung zu sichern.

Aber die Verteidiger des Kapitalismus, die sich immer so sehr gegen den Klassenkampf ereifern, sie wollen den rücksichtslosen brutalen Kampf. Die kommunistische Partei braucht sie nicht zu fürchten. Keine Macht der Welt wird uns hindern können, sei es innerhalb oder außerhalb der Regierung, innerhalb oder außerhalb des Parlaments, die Interessen aller Schaffenden zu verteidigen und uns, allen Zeitungsmanövern zum Trotz, für die einheitliche Front der Arbeiterschaft einzusetzen, die wachsen und siegen wird.

Gesamtdeutsche Gewerkschaftseinheit

UGO sucht „westliche Verbindungen“ — Gegen Spalter und AFL-Agenten

Die heutige Gewerkschaftsbewegung in Deutschland unterscheidet sich von der Bewegung vor 1933 durch ihren fortschrittlichen Charakter.

Trotz rückläufiger Tendenzen, die sich zeigen in der Bildung von Berufsorganisationen, wie Beamtenverbände, Lokführer-Organisationen und andere kleine Gruppen, muß festgestellt werden, daß die Werktätigen aus der Zersplittertheit der Gewerkschaftsbewegung vor 1933 gelernt haben und einer ein großen Teile des Beamtentums haben heftigen Gewerkschaftsbewegung zustreben. Arbeiter und Angestellte und erkannt, daß die Kraft der Werktätigen in einer geschlossenen einheitlichen Gewerkschaft liegt. Diese Erkenntnis veranlaßt auch den Zusammenschluß der Gewerkschaften über alle Zonen zu betreiben. Wenn der Zusammenschluß bisher nicht Wirklichkeit wurde, so deshalb, weil Kräfte dagegen arbeiten, die entweder aus der Vergangenheit nichts gelernt haben oder unter parteipolitischen Einfluß stehen.

Wie schädlich das für die Gewerkschaften ist und wohin das führt, zeigen warnend die Berliner Gewerkschaften. Dr. Suhr, Kaiser, Müller und andere haben ihre Parteipolitik in die

kommunistische Propaganda handelte. Dem reaktionären Fraktionsführer der CDU, Kuhn, der schon vor Wochen im Sinne der geheimsten Absichten des SPD-Parteivorstandes in Hannover im Mannheimer Stadtrat eine antikommunistische Aktion gestartet hatte, mußte das Herz im Leibe lachen, als er hören konnte, wie Jakob Sommer, ganz im Stil und mit dem Wortschatz des Hetzplakats des Hannoverschen Parteivorstandes, befehlsgemäß seinen Angriff gegen die KPD startete. Wenn der „Tagesspiegel“ kürzlich bekanntgab, daß es jetzt an der Zeit sei, die Rolle der Kommunistischen Partei im demokratischen Staat näher zu betrachten und schrieb, es werde „nun eine westdeutsche Demokratie geben“, und, da man jetzt im Westen gewillt sei, „ernsthaft“ an die Arbeit zu gehen, müsse man den Kommunisten in aller Deutlichkeit sagen, daß „für Kommunisten in einer deutschen Demokratie kein Platz ist“, so ließ Sommer die Hannoversche Katze aus dem Sack mit der Erklärung, man habe auch in Mannheim vielleicht zu lange so getan, als ob man wirklich glaube, daß die Kommunisten Demokraten seien. Seine antikommunistischen Schlagworte würgte Sommer mit völlig entstellten Bildern über die Vorgänge in Berlin. So bezeichnete er die vor dem Berliner Stadthaus demonstrierende Menschenmenge als eine Gruppe von hundert Arbeitern aus Sowjet-AGs, die Polizei bezeichnete er als „kommunistisch dirigiert“ und scheute sich sogar nicht, die Berliner Arbeiter antisemitischer Gesinnung und Handlungen zu bezichtigen.

Der bekannte Vertreter der Mannheimer Werktätigen, Stadtrat Paul Schreck, wies für die kommunistische Fraktion in ruhiger und würdiger Weise die ferngelante Hetze zurück. Er bezeichnete sie als einen schwachen Abklatsch dessen, was im württembergisch-badischen Landtag und in anderen Parlamenten vor sich ging und verwies darauf, daß der DVP-Abgeordnete Theodor Heuß ja ganz offen und unmißverständlich erklärt hat, was der Zweck solcher Entschleisungen ist, nämlich nicht eine Hilfe für Berlin, sondern die Hetze gegen die Kommunisten. Der mit so großem Aufwand betriebenen „Hilfspropaganda“ gegen bestimmte Zwecke und Absichten zugrunde, die mit einer wirklichen Hilfe für Berlin überhaupt nichts zu tun haben. Die Bevölkerung Westdeutschlands leidet selbst ungeheure Not und der ganze Hilfsrummel bringt den Berlinern in den Westsektoren in Wirklichkeit keine Hilfe, sondern soll die Bevölkerung Westdeutschlands nur von ihrer eigenen Lage und von den volksfeindlichen, mit der Errichtung des westdeutschen Separatstaates zusammenhängenden Maßnahmen ablenken. Selbst der der SPD angehörende Stellvertreter Schlangé-Schöningsen, Pödeyn, mußte zugestehen, daß an und für sich genügend Lebensmittel für die Versorgung Berlins vorhanden sind. Welches Interesse kann dann aber

„Rettet-Berlin“-Rummel auch in Mannheim

(Fortsetzung von Seite 1)

die werktätige Bevölkerung Deutschlands überhaupt daran haben, den „kalten Krieg“ der Besatzungsmächte zu finanzieren? Genau das will aber die SPD-Führung, denn in ihrem Pressedienst schreibt sie: „Man stelle sich die Lage General Clays vor, wenn er in Washington neue finanzielle Forderungen anmelden muß, um den kalten Krieg um Berlin durchhalten zu können, und wenn ihm dort vorgehalten werden kann, daß es der westdeutschen Bevölkerung gleichgültig zu sein scheint, was mit Berlin geschieht.“

Wir Sozialisten sind immer bereit, zu helfen, auch Berlin, aber wir, und mit uns die ganze werktätige Bevölkerung Westdeutschlands, haben keinerlei Interesse daran, zu allem auch noch die Hauptkosten und Lasten des Berliner Konfliktes zu übernehmen.

Aber wirkliche Hilfe wird nicht geleistet durch offensichtliche Ablenkungsmanöver, welche die Augen der hungernden Bevölkerung vor der westdeutschen Wirklichkeit verschließen sollen. Bezeichnenderweise hat der Bundesvorstand des ADGB Württemberg-Baden einstimmig abgelehnt, sich zu solchen parteipolitischen Manövern mißbrauchen zu lassen, und auch das Rote Kreuz in Württemberg-Baden ist nicht geneigt, an der Zubereitung der NSV-„Hilfs“suppe mitzuwirken, die man den Berlinern zu kochen beabsichtigt.

Stadtrat Schreck lenkte die Aufmerksamkeit auf zwei Plakate, die man heute an den Häusern und Mauern sehen kann. Ueber dem einen steht „Rettet Berlin“, und es enthält von A bis Z nichts als übelste antisowjetische Propaganda und Hetze gegen die Kommunisten. Das andere Plakat stellt die Frage „Was nun?“, und es zeigt den

Weg, den die werktätige Bevölkerung angesichts der Währungsreform, des Elends und des Chaos beschreiten muß, um die Not zu meistern. Es gibt keinen Zweifel darüber, welches der beiden Plakate den richtigen Weg zeigt. Auch wir Sozialisten fühlen uns solidarisch mit der Berliner Bevölkerung, aber für uns ist Berlin die Hauptstadt Deutschlands, und mit ihr zusammen wollen wir unser gemeinsames Vaterland wieder aufrichten. Wenn die SPD-Führung einseitig Stellung nimmt zugunsten jener Besatzungsmächte, die gerade bei uns herrschen, so können und werden wir ihr hierin nicht folgen. Nur damit helfen wir Berlin, daß wir eine unabhängige deutsche Politik betreiben. Wir orientieren uns weder nach Osten noch nach Westen, sondern nur nach Deutschland und den Interessen des deutschen Volkes. Deshalb wiederholen wir immer wieder jene Grundforderungen, welche jeder Deutsche von ganzem Herzen und mit ganzer Seele vertreten kann:

Anerkennung der Einheit Deutschlands und Verzicht auf den separaten Weststaat.

Freie gesamtdeutsche Wahlen und Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung.

Baldiger Abschluß eines gerechten Friedensvertrags.

Abzug aller Besatzungstruppen.

Von diesem deutschen Programm lassen wir uns nicht ablenken durch jene, die die Leiden der Bevölkerung in Parteipropaganda ummünzen wollen. Nicht Berlin, sondern die nationale Existenz unseres Volkes, ganz Deutschland ist in Gefahr. Und deshalb heißt unser und der Ruf aller vaterlandsliebenden demokratischen Kräfte:

Rettet Deutschland!

Demontagen im Westen

Sinkende Steuereinnahmen — steigende Arbeitslosigkeit

(EB) Die Demontagen in Westdeutschland gehen weiter. Erst vor kurzem brachte die Presse Meldungen über die Demontage der „Gute-Hoffnung-Hütte“ und der „Henckel-Werke“. Der Betriebsrat der Henckel-Werke stellte sehr richtig fest, daß die Demontage praktisch einer Vernichtung gleichkommt, denn es ist unvermeidlich, daß die Maschinen durch den Abbruch so leiden, daß die Anlagen an anderer Stelle gar nicht wieder aufgerichtet werden können. Zudem sind die Kosten für den Abbruch, die auf deutsche Rechnung gehen, zusammen mit den Kosten für die Wiederaufstellung der Anlagen so hoch, daß es bei weitem billiger käme, eine neue Anlage zu bauen.

Die Mannheimer Arbeiter erinnern sich bei dieser Gelegenheit des Abbaues der Anlagen des unterirdischen Elektrizitätswerks im Großkraftwerk Rheinau. Die Demontage allein kostet mindestens 2 Millionen Mark. Die Kosten des Wiederaufbaus an anderer Stelle sind sicher äußerst beträchtlich. Die Stadt Mannheim schlug daher seinerzeit vor, auf deutsche Kosten ein völlig neues Werk am Bestimmungsort zu errichten, weil das billiger komme. Das wurde abgelehnt, ebenso wie der Vorschlag, das Werk in Mannheim zu belassen, mit deutschen Arbeitskräften in Betrieb zu halten und die gesamte laufende Produktion an Strom an den

jetzigen Bestimmungsort zu liefern, wozu nur eine mit verhältnismäßig geringen Kosten zu erstellende Anschlußleitung notwendig gewesen wäre.

Dieser hier in Westdeutschland gemachte Vorschlag, der vielen Mannheimer Arbeitern ihren Arbeitsplatz gesichert hätte, entspricht haargenau dem, was in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands die rund 170 sowjetischen AGs darstellen: zur Demontage bestimmte Betriebe, welche von der Besatzungsmacht an Ort und Stelle belassen und mit deutschen Arbeitskräften weiter betrieben werden. Lediglich die Produktion wird von der Besatzungsmacht übernommen.

Im Westen Deutschlands wurde und wird dieser für den deutschen Werktätigen und für die deutsche Wirtschaft vorteilhafte Weg nicht beschritten, sondern die Demontage geht weiter. So wurden die Buna-Werke in Hüls angewiesen, am 1. Juli einen Teil ihrer Produktionsstätten stillzulegen. In den betroffenen Betriebsabteilungen werden Essig, ferner Schuhsohlen, Absätze, Fahrradreifen und ähnliches hergestellt. Von der Stilllegung werden 3400 Betriebsangehörige betroffen.

Die Betriebsräte und Obleute der Dortmund-Hörder Hüttenwerke wandten sich gegen die beabsichtigte Demontage der Grobblech-Walzenstraße mit einer Entschlüsselung, in der es heißt:

„Der Abbau dieser Walzenstraße hätte zur Folge, daß über ein Drittel unserer Rohstahlerzeugung nicht mehr in unserem eigenen Werk fertig verarbeitet werden könnte. Dadurch würde die Existenz des ganzen Werkes mit seiner über 8000 Mann starken Belegschaft aufs Spiel gesetzt. Wir werden uns der Demontage mit Mitteln, die uns geeignet erscheinen, widersetzen.“

Einen ungefähren Begriff über die Folgen der Demontagen gibt eine Meldung aus Düsseldorf, welche besagt, daß in Nordrhein-Westfalen der Ausfall an Steuern durch die Demontagen rund 37 Millionen Mark beträgt, davon rund 5,4 Millionen Mark an Gemeinde-, 19,4 Millionen Mark an Einkommen- und Körperschafts-, 8,5 Millionen Mark an Lohn- und 5,8 Millionen Mark an Umsatzsteuern. Voraussichtlich werden 30 000 Werktätige arbeitslos, von denen fast 10 000 in keinem anderen Beruf eingesetzt werden können. Für die Unterstützung dieser Arbeitslosen werden jährlich 9,8 Millionen Mark veranschlagt.

Revidiert Bremen den § 218

(DFP) Bremen. Die endgültige Fassung des von einer Sonderkommission ausgearbeiteten Revisionsentwurfs für den § 218 sieht außer der medizinischen und ethischen Indikation auch eine Unterbrechung der Schwangerschaft aus sozialen Gründen vor. Danach darf eine Unterbrechung auch vorgenommen werden, wenn durch die sozialen Verhältnisse der Schwangeren oder ihrer Familie die Gesundheit der Mutter oder des zu erwartenden Kindes ernstlich gefährdet ist. Sie darf weiter vorgenommen werden, wenn die Notlage durch soziale oder andere Hilfsmaßnahmen nicht beseitigt werden kann. Der Entwurf wurde gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien von den Vertretern der beiden Arbeiterparteien angenommen.

Der Eierzauber

Es war einmal ein Mann, der war „klug wie die Schlangen“ und wußte sich immer zu helfen. Dieser Mann war gesetzt als Obrigkeit über alles Land, aus dem die Eier herkommen. Er grämte sich aber sehr darüber, daß das Ei, das doch für die alten, kranken und schwachen Leute und für die Kinder eine so wertvolle Nahrung ist, in Deutschmark ausgedrückt nur so gering bewertet wurde. Nur 12 Pfennig für ein Ei — war das nicht direkt beleidigend, ein Minderwertigkeitskomplex? Das mußte anders werden, aber wie? Man konnte doch nicht den amtlichen Preis verdreifachen oder vervierfachen! Aber besagter Ober-Eierbewirtschaftler war klug wie die Schlange und er war ein Eierbeschwörer. Flugs sprach er seinen Zauberspruch:

Das Ei ist frei!
Das Ei ist frei!
Hokus pokus verschwindibus!
Eins, zwei, drei!

Und sofort waren alle Eier verschwunden aus den Milchläden und den Geschäften für Krankeneier. Sie wollten sich nicht mehr für 12 Pfennig verkaufen lassen.

Für eine Deutschmark netto Kasse waren aber fortan Spiegeleier sogar nebenan beim Metzger zu haben und — man denke! — selbst russische Eier. Hoffentlich sind es wenigstens weißrussische Eier. Und der Mann, der so klug war wie die Schlange, hatte frisch, fromm, fröhlich und frei sein Ziel erreicht — da gibt's nichts zu beschönigen. Argus.

Frauen im Handwerk

(DFP) Unter den in über 60 000 Berliner Handwerksbetrieben 234 000 Beschäftigten befinden sich nahezu 100 000 Frauen, dazu 6000 weibliche Lehrlinge. An 2300 Gesellenprüfungen beteiligten sich über 1000 weibliche Lehrlinge, während an 2250 Meisterprüfungen rund 500 Frauen beteiligt waren. Bei den Gesellenprüfungen stellten 17 Prozent durch, bei den Meisterprüfungen 27 Prozent. Am stärksten ist der Andrang der Frauen im Friseurhandwerk, in dem gegenüber 300 männlichen Lehrlingen 1680 weibliche Lehrlinge arbeiten.

32 000 weibliche Betriebsräte

Von 157 000 Betriebsräten in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sind über 32 000 Frauen, die auch an der Arbeit der Gewerkschaftsleitungen einen bedeutenden Anteil haben.

Der Frauenüberschuß

(DFP) Während im deutschen Durchschnitt 125 Frauen auf 100 männliche Personen entfallen, ist das Verhältnis in Berlin 147 zu 100. Am niedrigsten ist der Frauenüberschuß in Hamburg, wo auf 100 Männer „nur“ 116 Frauen kommen.

Unzeitgemäße Justiz

(Stgt. EB) Ein 73jähriger Arzt in Ludwigsburg wurde vom Landgericht wegen Abtreibung in 29 Fällen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und zweijährigem Berufsverbot verurteilt. Es wurde nachgewiesen, daß es sich in sämtlichen Fällen um völlig mittellose Frauen handelte, und er nur aus sozialen Motiven und aus Mitleid und Menschlichkeit handelte, weswegen ihm mildernde Umstände zubilligt wurden. — Nazimörder aber werden von den westlichen Gerichten am laufenden Band freigesprochen oder zu geringen Strafen verurteilt.

Für die Frau

Hausangestellte — ja oder nein?

Von Friedel Jung

Die Entwicklung der Technik und der modernen Industrie bedingte auch die Entwicklung der arbeitenden Menschen. Der Kampf der Arbeiterbewegung um Bildung und Aufklärung hat einen wesentlichen Beitrag zu dieser Entwicklung geleistet.

Der Achtstundentag wurde zur Notwendigkeit in allen Berufszweigen und in Deutschland für die meisten Arbeitnehmer bis zum Jahre 1933 zur Selbstverständlichkeit. Der Mensch braucht ganz einfach genügend Freizeit, um seine Arbeitskraft in der vollen Höhe zu erhalten. Der arbeitende Mensch hatte erstmalig durch die verkürzte Arbeitszeit Anteil am geistigen und kulturellen Schaffen in Deutschland. Obwohl man in Deutschland schon immer ein großes Gerede darüber machte, daß die Frau eine schwächere körperliche Konstitution — viele behaupten auch, einen schwächeren Geist — habe

als der Mann, hat man nicht daran gedacht, der im Haushalt arbeitenden Frau den Achtstundentag zu gewähren, damit auch sie Schritt halten könnte in der menschlichen Entwicklung. Greifen wir nur den großen Berufszweig der Hausangestellten heraus und erinnern uns der Arbeitsbedingungen, wie sie vor 1945 waren und auch heute noch sind. Der Arbeitstag begann früh um 6 oder 6.30 Uhr und dauerte in der Regel bis abends 20 Uhr, mit höchstens zwei Freistunden.

Diese Regel wurde sogar vielfach durchbrochen und der Arbeitstag endete oft erst um 22 Uhr abends. Die Hausangestellten haben es nicht verstanden, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um durch den Zusammenschluß bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Sie haben vielmehr den Weg des Ausscheidens aus diesem Berufszweig gewählt. So haben wir seit

„Unsterbliche“ Propaganda!



Gestern:

Ein Blick durch meine Brille wird Dich lehren, Welch' Chaos herrscht im Sowjetstaat. Wie hoch ist unser „Führer“ zu verehren, Der dies bei uns verhindert hat.



Heute:

Ein Blick durch meine Brille läßt Dich schauen, Was hinterm „Vorhang“ vor sich geht: Welch Chaos herrscht und Grauen Dort wo der Wind aus Osten weht. —lux—

Schuldpruch im Heidelberger Ärzteprozeß

Straffreiheit auf Grund der Amnestie — Betriebsrat hat rechtzeitig gewarnt

17 Kleinstkinder und Säuglinge waren das Opfer der unhaltbaren Zustände in der Heidelberger Universitäts-Kinderklinik, über die wir bereits im Juli 1947 berichtet haben. 17 Kindern wurde syphilitisches Blut eingespritzt; das ist der nackte Tatbestand. Die Verhandlung vor dem Landgericht in Heidelberg hat ergeben, daß dem Leiter der Klinik, Professor Bamberger, und seinen Oberarzt Sefrin eindeutig die Schuld an diesen Vorkommnissen trifft.

Man braucht wohl nicht Arzt zu sein, um zu wissen, daß ein Blutspender gesund sein muß. In der Kinderklinik wurden die allereinfachsten Vorsichtsmaßnahmen zur Verhinderung von Uebertragung kranken Blutes außer acht gelassen. Keine Röntgen- und keine allgemeine Untersuchung der Blutspender, auch keine ärztliche Belehrung derselben. Keine vierteljährliche Nachuntersuchung der Blutspender auf Geschlechtskrankheiten, wie vorgeschrieben. Dazu „Jahreskarteiführung, laut Feststellung des Richters. Man müßte es geradezu als ein Wunder bezeichnen, meinte ein Sachverständiger, daß eigentlich nicht noch mehr passiert ist.

Professor Bamberger übernahm im Januar 1946 die Heidelberger Klinik. Er ist vom Fach. 1932—1945 Leiter der Kinderklinik in Königsberg. Ursprünglich gegen den Widerstand der Nazi-partei, wie er sagt. Im April 1946 stellt er Mängel im Blutspendewesen der Heidelberger Klinik fest und gibt Auftrag zur Reorganisation. Der Oberarzt Sefrin gibt den Auftrag an einen Assistenten weiter. Und damit — aus.

Um die Durchführung der Anordnung kümmerten sich weder der Chef noch der Oberarzt, wobei man im Zweifel sein konnte, ob der Oberarzt

überhaupt über eine richtige Organisation des Blutspendewesens im Bilde war. Es hätte einer Viertelstunde bedurft, um den Untergebenen die nötigen Instruktionen zu erteilen und einer weiteren Viertelstunde, um die Durchführung zu kontrollieren. Mit dieser Feststellung eines der Sachverständigen fallen alle Versuche, den Angeklagten Bamberger wegen Arbeitsüberlastung zu entschuldigen, in sich zusammen.

Bei den noch lebenden Kindern konnten die Folgen der Syphilis-ansteckung vorläufig überwunden werden. Zum Glück der Angeklagten konnte nicht einwandfrei nachgewiesen werden, daß bei den Todesfällen (insgesamt 10) die Syphilis die alleinige Ursache war.

Die Angeklagten haben Glück gehabt. Straffrei auf Grund der Amnestie. Bamberger und Sefrin haben sich durch Fahrlässigkeit schuldig gemacht. Das wurde ausdrücklich festgestellt. Interessant ist noch, was in diesem Prozeß nicht zur Sprache kam. Dem Betriebsrat der Heidelberger Kliniken waren die Verhältnisse bei der Kinderklinik bereits 1946 aufgefallen. Er war deswegen beim Kultusministerium vorstellig. 1947 stellt der Betriebsrat fest: „Herr Professor Bamberger hat seine Aertztaufsichtspflicht verletzt... Herr Professor Bamberger hat persönliche Freundschaften und Interessen dem Wohl der Klinik vorangestellt. Wir stellen den Antrag, daß nunmehr Herr Prof. Bamberger und sein Oberarzt Sefrin beurlaubt werden.“ Soweit der Betriebsrat.

Abschließend sei die Hoffnung ausgesprochen, daß die Universitätsklinik unter neuer Leitung die entstandene Scharte wieder auswezt. —kg—

etwa 1930 den Zustand, daß sich die Schere zwischen Nachfrage und Angebot immer mehr vergrößerte. Wer die Mentalität der deutschen Frau kennt, weiß, daß die Liebe zum Kochen, Backen und Betreuen noch ebenso stark ist wie vor hundert Jahren. Eine große Anzahl Frauen und Mädchen würde auch heute in diesem Beruf Erfüllung finden. Auf der anderen Seite hat sich die Struktur der Haushalte, die eine Hausgehilfin benötigen, gegen frühere Jahrzehnte wesentlich geändert. Heute ist es zu einem großen Teil die berufstätige Frau, die zu ihrer Entlastung eine Kraft im Haushalt braucht. Für diese berufstätigen Frauen ist das Problem der Hausangestellten eine ebenso dringliche Angelegenheit wie für die Hausangestellten selbst.

In Bayern wurde ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die alten Zustände verewigen möchte. U. a. sieht dieser Entwurf vor, daß die Arbeitszeit nicht vor 6 Uhr früh beginnen und nicht nach 20 Uhr enden soll. In der Zwischenzeit wird gnädig eine Stunde Freizeit für die Einnahme von Frühstück, Mittagessen, Vesper und Abendessen gewährt.

In Frankfurt a. M. wurde von Frau Pfannes, Frauenverband Frankfurt, Leiterin des Ausschusses für Hauswirtschaft und Ernährung, ein Tarifvertrag ausgearbeitet. Die Arbeitszeit wird hier von morgens 7 Uhr bis abends 20 Uhr, mit einer zweistündigen Freizeit, festgelegt.

Zu solchen Entwürfen muß man im Interesse der berufstätigen Frauen — auch im Interesse der Hausfrauen selbst, denen es um die Anerkennung ihrer eigenen Arbeit und die Verwirklichung der gleichen Rechte ernst ist — betonen: Es ist an der Zeit, alte Vorurteile und traditionelle Anschauungen, die sich hemmend auf die Entwicklung der Frau ausgewirkt haben, über Bord zu werfen. Eine Neuregelung ist so schnell wie möglich notwendig. Aber eine Regelung in der Weise, daß die Arbeit der Frau im Haushalt genau so gewertet und anerkannt wird wie die Arbeit anderer Berufszweige. Die Wertung findet in der Richtung Ausdruck, daß auch für diesen Beruf dieselben Arbeitsbedingungen geschaffen werden wie für andere Berufszweige, also 48-Stunden-Woche für die Hausangestellte und eine Bezahlung, die der Entlohnung in Industrie und Wirtschaft gleichkommt. Wenn man heute anerkennt, daß die Frau in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben die gleiche Stellung beanspruchen kann wie der Mann, so muß man auch den Mut haben, für die Rechte der Hausangestellten einzutreten. Die Hausangestellten selbst sind im eigenen Interesse verpflichtet, sich in einer gewerkschaftlichen Organisation zusammenzuschließen, um, gemeinsam mit den Werktätigen aller Berufe, auch für sich bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erkämpfen.

Was der letzte Krieg kostete

(DFP) New York. Nach Berechnungen amerikanischer Statistiker kostete der letzte Weltkrieg sämtliche daran beteiligten und dadurch in Mitleidenschaft gezogene Staaten etwa eine Trillion Dollar (1 000 000 000 000). Die gleichen Statistiker errechneten, daß diese Summe ausgereicht hätte, um sämtlichen Familien der Erde eine Sechszimmer-Villa mit Garage zu bauen und in die Garage ein Auto zu stellen. Der Rest hätte dann noch gereicht, um jeder Gemeinde mit mehr als 5000 Einwohnern ein modernes Krankenhaus und eine ebensolche Schule zu bauen und beide Gebäude auszustatten.

Druckkosten der D(ollar)Mark = 30 Millionen Dollar

Die Druckkosten für die D-Mark-Banknoten belaufen sich, wie nunmehr aus Frankfurt bekannt wird, auf 100 Millionen Mark, das sind nach dem gegenwärtigen Verrechnungskurs rund 30 Millionen Dollar. Dieser Betrag wird vermutlich durch die JEA aus Exporteinnahmen beglichen. Für die Hartgeldstücke, die jetzt in München und Stuttgart geprägt werden, wird ein beträchtlicher Teil der Zinkproduktion benötigt.

Heinrich Heine

zur Währungsreform

Hat man viel, so wird man bald Noch viel mehr dazu bekommen. Wer nur wenig hat, dem wird Auch das wenige genommen.

Wenn du aber gar nichts hast, Ach, so lasse dich begraben — Denn ein Recht zum Leben, Lump, Haben nur die etwas haben.

Unter der Lupe

Sie brachten das Schäfchen ins Trockene

Zu dem Skandal bei der Verteilung der Elektroherde im Kreise Tauberbischofsheim schreibt man uns noch: „Als die Währungsreform endgültig vor der Tür stand, waren es die führenden Persönlichkeiten der Stadt, besonders die direkten und indirekten Anhänger der CDU, deren Ziel es war, ihr Schäfchen noch rechtzeitig ins Trockene zu bringen. Auffallend ist, daß bei der Verteilung der Elektroherde gerade die Personen den Vorzug erhielten, die sich in solchen Stellungen befinden, die auch nach der Währungsreform die Möglichkeit zur Beschaffung eines solchen Elektroherdes gewährleisten. Indessen sind die mühsam erworbenen Ersparnisse des kleinen Mannes in ein Nichts zerronnen. Es wird in vielen Familien die Arbeitslosigkeit folgen und ein Existenzkampf einsetzen, der vielleicht höchstens die ernährungsmäßigen Bedürfnisse befriedigen läßt. Wo bleibt das soziale Verständnis eines Bürgermeisters Bruch, wenn er zu seinem kombinierten Elektro-Kohlenherd sich auch noch einen weiteren Elektroherd zuweisen läßt?“

Es kamen nicht nur Herde, sondern auch Nähmaschinen zur Verteilung. Wer führt hier die Liste der Empfänger an? „Bürgermeister Bruch“, der sich von den für Flüchtlinge zugewiesenen Nähmaschinen gleich eine telefonisch zuweisen ließ.

Hätte sich Herr Bürgermeister Bruch weniger um Elektroherde und Nähmaschinen gekümmert, die er beide mit seinem Gehalt auch nach der Währungsreform noch spielend anschaffen könnte, hätte er sich mehr um das Wohl seiner Stadt gekümmert, denn hätte er in großem Maße das Vertrauen seiner Stadt gewonnen.“

E. B., Tauberbischofsheim.

Sie spotten unserer Not!

(PD) Unter dem Titel „Gemästetes Elend“ schreibt die christlich-demokratische „Neue Zeit“ am 10. Juli:

„Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Aber es ist immer aufschlußreich zu sehen, wer mit den Opfern eines Unglücks seinen Spott treibt.“

Dem wissenschaftlichen Kongreß der Britischen Medizinischen Gesellschaft wurden, wie eine Nachrichtenagentur meldet, fünf rundliche und kräftige deutsche Mädchen als Beweis dafür vorgeführt, daß man ein Jahr lang von den deutschen Rationssätzen leben und sogar dick und rund dabei werden könne — wenn man nebenher soviel Brot essen kann, wie man will. Dieses Experiment wurde nämlich mit den fünf deutschen Kindern, die im Alter zwischen 9 und 15 Jahren stehen, unternommen. In dem Bericht heißt es weiter, die Kinder hätten in der Versuchszeit zweimal so viel zugenommen und seien anderthalbmal so groß geworden, wie es für ihr Alter normal ist.

Wir haben keinen Anlaß, an diese Schausstellung gemästeten deutschen Elends Worte des Kommentars zu vergebend. Wir sind sicher, daß die bloße Nachricht jedem deutschen Leser ermöglicht, sich das richtige Urteil über diese „wissenschaftliche“ Offenbarung der Nächstenliebe zu bilden, die ja nur eine von vielen ist.“

Kreiskonferenz

der KPD für den Stadt und Landkreis Mannheim
am Samstag, den 24. Juli 1948, nachmittags 15.00 Uhr in der Kantine der Mannheimer Motorenwerke.

Tagesordnung:

1. Referat zur politischen Lage, Ref.: Willy Grimm.
2. Bildung der Kreisorganisation Mannheim — Wahl des Kreisvorstandes.

Pünktliches Erscheinen der Delegierten ist notwendig. Ohne Delegiertenausweis kein Zutritt.

KPD, Bezirksvorstand

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 22 000.

Wehrwirtschaftsführer Dr. Fritz Reuther nicht auf der Anklagebank

Zur bevorstehenden Verhandlung gegen die Schläger bei Bopp & Reuther

Am 29. Juli werden sich der ehemalige Nazi-Betriebszellenleiter der Firma Bopp & Reuther, Karl Jäckle, ferner die Schläger Gimber, Mostberger und drei weitere Angeklagte vor der Strafkammer des Landgerichts Mannheim zu verantworten haben. All die Scheußlichkeiten und Verbrechen gegen Fremdarbeiter und Kriegsgefangene werden bei dieser Gelegenheit zur Sprache kommen und die an den Verbrechen beteiligten Personen hoffentlich ihrer gerechten Strafe zugeführt.

Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist nicht ganz uninteressant. Am 17. April 1947 hatte das „Volksecho“ Gelegenheit genommen, den Schleier über die Vorgänge in der genannten Firma während der Kriegszeit unter Nennung von Namen zu lüften. Zunächst regte sich aber bei der Staatsanwaltschaft nichts. Erst nachdem einige von uns Beschuldigte die Frechheit besaßen, das „Volksecho“ beim Staatsanwalt anzuzeigen, kam eine Untersuchung, zunächst gegen uns, in Gang. Die Untersuchung bestätigte die Richtigkeit unserer Angaben und es kam zur Anklageerhebung.

Auf der Anklagebank sitzen die Werkzeuge einer schändlichen Politik. Wie aber steht es mit den Drahtziehern und Hauptschuldigen? Wir nennen hier den Mitinhaber und ehemaligen Leiter der Firma, Herrn Dr. Fritz Reuther, Mitglied der NSDAP seit 1931, Mitgliedsnummer 918 780. 1932 wurde er zusammen mit anderen Verschwörern gegen die Weimarer Republik auf Schloß Reichenau ausgehoben, Vorübergehend Präsident der Mannheimer Handelskammer, war er natürlich Wehrwirtschaftsführer. Die aktiven Gewerkschaftler der Firma Bopp & Reuther, wurden 1933 sofort,

teils nach mehr als 40 Arbeitsjahren, auf die Straße geworfen und teilweise in das Gefängnis gesteckt. SA- und SS-Leute traten an ihre Stelle. Ein zwei Meter hohes Hakenkreuz am Wasserturm der Firma, nachts beleuchtet, symbolisierte den Geist der Betriebsleitung. Bei Judenaktionen wurden vom Betrieb SA-Rollkommandos abgestellt und bezahlt. Dr. Fritz Reuther betätigte sich als Propagandaredner für die NSDAP in dem zum Robert-Ley-Saal umbenannten Speiseraum der Firma. Dr. Fritz Reuther hat sogar persönlich zu Mißhandlungen an Fremdarbeitern aufgefordert. Wie steht es also mit der Anklageerhebung gegen Dr. Fritz Reuther und einige Herren aus der damaligen Betriebsleitung, Herr Staatsanwalt?

Nach einer Internierungszeit von einem Dreivierteljahr erfreut sich Dr. Fritz Reuther am Tegernsee in Bayern seiner Freiheit. Sein dortiger Gutshof, der Kothof, ist wieder freigegeben, und sogar seine wertvolle Kunstgemäldesammlung ist bei der Benschel-Bank in Mannheim, der Hausbank der Firma, in Sicherheit. Seit Jahren hat der Betriebsrat dem Öffentlichen Kläger das vorliegende Material unterbreitet, aber noch ist kein Spruchkammertermin bekannt. Und das kurz vor Tor-schluß. Wir fragen den Öffentlichen Kläger: Wann tagt die Spruchkammer gegen Dr. Fritz Reuther und andere Herren aus der damaligen Betriebsleitung? Heute haben Fritz und Karl Reuther, die Neffen des Herrn Dr. Fritz Reuther, diesen in der Betriebsleitung ersetzt. Die heutige Betriebsleitung stellt sich beispielsweise immer noch auf den alten „Herr-im-Hause“-Standpunkt. Die Betriebsarbeiter sehen mit Interesse dem kommenden Prozeß entgegen und fordern die Bestrafung der Hauptschuldigen.

Landesgefängnis Mannheim antwortet nicht...

Mißachtung der Menschenrechte und schrankenlose Willkür? Wird das Justizministerium endlich eingreifen?

Die Direktion des Landesgefängnisses Mannheim, unter der Regie des Herrn Regierungsrats Kammerer, hüllt sich in Schweigen. Unsere verschiedenen Feststellungen über die unhaltbaren Zustände in dieser Anstalt bleiben ohne Antwort. Es liegt wohl im öffentlichen Interesse, wenn wir erwarten, daß die dem Gefängnis übergeordneten Behörden, vor allen Dingen der zuständige Staatsanwalt und das Justizministerium, sich nun endlich um die Schaffung geordneter Verhältnisse kümmern und das Regime der Willkür, das in dieser Anstalt noch herrscht, beseitigen. Wir verlangen eine gründliche Untersuchung, die folgenden feststellen soll:

Warum verweigert man kranken Gefangenen die ärztliche Betreuung und wie war es möglich, daß ein junger Mann von 21 Jahren, gesund in das Gefängnis eingeliefert, nach kurzer Zeit totkrank dem Stadt Krankenhaus überwiesen wird und dort verstarb.

War die Erschießung eines Gefangenen im Jahre 1947 wirklich notwendig; hätte man nicht auch die Flucht dieses Gefangenen, ohne von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, verhindern können?

Wie war es möglich, daß mit dem Material der Landesgefängnisdruckerei falsche Brotmarken hergestellt werden konnten? Wie kamen die falschen Brotmarken in das Landesgefängnis? Warum werden antifaschistisch-demokratisch eingestellte Aufseher dauernd entlassen und Belastete eingestellt?

Stimmt es, daß belastete Personen, die nur in einfacher Arbeit beschäftigt werden durften, dennoch in ihren alten verantwortungsvollen Stellungen verblieben.

Im Landesgefängnis spukt der alte reaktionäre Nazigeist und der muß endlich verschwinden und mit ihm die Herren um den Herrn Kammerer, die für die Zustände verantwortlich sind.

Spruchkammer Karlsruhe verurteilt Antifaschisten

Die Verhandlung der Spruchkammer II gegen den Bezirksbetriebsratsvorsitzenden der Post, Adolf Mayer, war eine Tragikomödie. Die Hintergründe dieses Spruchverfahrens geben auf die üblen Treibereien des Landkreissekretärs der SPD, Jülg, zurück, der es bis heute noch nicht verwinden konnte, im Rennen um den Platz des Postpräsidenten auf der Strecke geblieben zu sein. Als eines der Hindernisse zu diesem begehrten Platz an der Sonne betrachtete er den Betriebsratsvorsitzenden Mayer, der wenige Tage vor der Betriebsratswahl zur Strecke gebracht werden sollte.

Mayer wird vorgeworfen, daß er Mitglied der NSDAP und Blockhelfer während des Dritten Reiches gewesen sei. Die Beweisaufnahme ergab ein anderes Bild. Der Angeschuldigte nahm während des Krieges als Postschaffner auf der Pariser Strecke Verbindung mit der Bewegung „Freies Deutschland“ in Frankreich auf, und vermittelte regelmäßig Briefe und Material unter Lebensgefahr nach Deutschland. In ein Verfahren wegen Schmuggels verwickelt, gab Mayer mit Absicht

fälschlicherweise an, daß er P.g. sei, und auf diese Angabe im Gerichtsprotokoll stützte sich der öffentliche Kläger, obwohl zahlreiche Zeugen die antifaschistische Gesinnung und den aktiven Widerstand des „Betroffenen“ bestätigten.

Den Gipfel der Instinktilosigkeit erklimmte die Spruchkammer mit dem Vorwurf, daß Mayer als Betriebsrat seit dem Jahre 1945 als verantwortlich für die Entlassungen von Nazis aus der Post zu betrachten sei. Schwerbelastete Personen wurden vom Vorsitzenden Stehlin als Gentlemenzeugen gegen den Antifaschisten benutzt. Die zahlreich erschienenen Pgs. manifestierten dann auch deutlich ihre Sympathie für diesen Kammervorsitzenden, dem angeblich die Aufgabe obliegt, das Gesetz zur „Befreiung von Nazismus und Militarismus“ in Anwendung zu bringen.

Was kann man auch von diesem Manne und einer Kammer mehr verlangen, die in einem früheren Verfahren dem als Zeugen erschienenen Gestapoverbrecher und Mörder des Staatsrats Marum, Karl Sauer, bestätigten, daß er trotz seiner Vergangenheit ein „anständiger Kerl“ geblieben sei. Viel-

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion

Nochmals — der große Bluff

... daß der Betriebsrat bei Bekanntwerden des erhöhten Arbeitsanfalles des Besatzungskostenamts sich sofort energisch dagegen ausgesprochen hat, daß die Beamten und Angestellten bei der derzeitigen Ernährungslage Ueberstunden leisten. Der Betriebsrat hat sowohl beim Ernährungsamt Mannheim als auch beim Landesernährungsamt Karlsruhe zusammen mit dem Betriebsrat des Besatzungskostenamts Heidelberg für eine etwa langfristig zu leistende hohe Ueberstundenzahl als Minimum die Schwerarbeiterzulage gefordert und sowohl dem Herrn Direktor des Ernährungsamtes als auch dem Herrn Vertreter des Finanzministeriums in Karlsruhe eindeutig erklärt, daß für Mannheim ohne Gewährung von Ernährungszulagen (Schwerarbeiterzulagen) Ueberstunden nicht in Frage kommen können. An diesem Standpunkt hat der Betriebsrat einstimmig bis zuletzt festgehalten.

Der Betriebsrat Besatzungskostenamt und Feststellungsbehörde

Wie wir weiter erfahren, hat eine Betriebsversammlung des Besatzungskostenamts und der Feststellungsbehörde dem Betriebsrat einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Wir freuen uns feststellen zu können, daß die Befürchtungen des Einsenders, der in unserer Nummer 25 veröffentlichten Zuschrift nicht eingetreten sind, sondern daß der Betriebsrat seinen Mann gestellt und sich voll und ganz und auch erfolgreich für die Interessen der Belegschaft eingesetzt hat. (D. Red.)

Unseren Lesern fällt auf

... daß trotz der guten und reichlichen Frühkartoffelernte der Preis immer noch die unverschämte Höhe von 15 Pfennigen hält;

... daß der Bauer trotzdem nicht einmal ganz 10 Pfg. für das Pfund Kartoffeln erhält;

... daß bis jetzt noch kein Wort über die Auszahlung der restlichen 20 DM des Kopfgeldes zu hören ist;

... daß ein Paar Schuhe 30 DM kostet und noch nicht einmal zu haben ist.

Ausnahmebestimmungen für die KPD in Heidelberg

Die KPD Heidelberg ersuchte am 14. Juli 1948 um Ueberlassung des Rathaussaales im Stadtteil Rohrbach für Durchführung einer öffentlichen Versammlung zur Frage der Währungsreform. Am 16. Juli 1948 erhielt die KPD die Mitteilung, daß der Oberbürgermeister von Heidelberg entschieden habe, daß Amtsräume grundsätzlich für Veranstaltungen politischer Parteien nicht zur Verfügung gestellt werden. Wir stellen die bescheidene Anfrage, ob dem Herrn Oberbürgermeister bekannt ist, daß die gleichen Amtsräume am 9. Juli 1948 von einer Partei zu einer öffentlichen politischen Veranstaltung benutzt wurden. Wenn ja, welche Ausnahmebestimmungen waren hierfür maßgebend, oder bestehen bereits für die KPD Ausnahme-gesetze?

leicht war auch der öffentliche Kläger beeindruckt, dem nach einer Verhandlung, in der er gegen einen Nazi drei Jahre Arbeitslager beantragte, der Rechtsanwalt Ingenohl sagte: „Sie müssen Mut haben, wenn Sie heute noch wagen, solche Anträge zu stellen.“

Es hätte sicherlich keines Mutes beim öffentlichen Kläger bedurft, um im Falle Mayer das Spiel von Leuten zu durchschauen, die im Dritten Reich Ergebenheitsadressen an den Führer richteten und heute darüber vergrämt sind, daß sie im demokratischen Staat nicht Postpräsident wurden. Kurz und gut, die Nazis konnten ihre helle Freude am öffentlichen Kläger und der Kammer Stehlin erleben, und der Antifaschist Mayer wurde in den Rang eines „Mitläufers“ erhoben. Der dienstverpflichtete Kammervorsitzende könnte nichts besseres tun, als sich schnellstens entpflichten zu lassen, denn er hat ja jetzt zur genüge unter Beweis gestellt, daß er in die heutige Entnazifizierungspraxis ausgezeichnet hineinpaßt und sich den „Freibrief“ für später erworben hat.

F. K. H. Dietz, Stadtrat.